

Thomas Delapina
Konjunktur

2

Wirtschaft



Wirtschaft 2

Konjunktur

Thomas Delapina

Konjunktur

VOGB



ÖSTERREICH

Dieses Skriptum ist für die Verwendung im Rahmen der Bildungsarbeit des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Gewerkschaften und der Kammern für Arbeiter und Angestellte bestimmt.

Zeichenerklärung



Hinweise



Beispiele



Zitate

Stand: Dezember 2014

Impressum:

Layout/Grafik: Dietmar Kreuzberger, Walter Schauer

Layoutentwurf/Umschlaggestaltung: Kurt Schmidt

Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, Wien

© 2013 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Wien

Herstellung: Printservice

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Printed in Austria

Konjunktur	6
Wirtschaftskreislauf	7
Konjunkturschwankungen	12
Konjunkturpolitik	16
Instrumente der Konjunkturpolitik	23
Probleme und Grenzen der Konjunkturpolitik	25
Gewerkschaftliche Position	28
Glossar	30

1 Konjunktur

Das Wirtschaftsgeschehen ist einem ständigen Auf und Ab unterworfen. Im Betrieb merkt man dies an Schwankungen der Auftragslage, der Investitionen, der Produktion; als ArbeitnehmerIn und KonsumentIn an den Schwankungen der Lohnsteigerungsraten und der Preise und gesamtwirtschaftlich an Größen wie Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit.

Da eine Zusammenfassung aller wirtschaftlich relevanten Größen zu einem gesamten Konjunkturmaßstab zu umständlich wäre, wird allgemein die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als vereinfachter Indikator für die Konjunkturlage herangezogen.

→ **Das BIP ist die Summe der Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr in einem Land produziert werden.**

(Mehr zu dieser Größe im Skriptum WI-3: „Wachstum“)

Diese Schwankungen waren historisch immer beobachtbar und konnten lange Zeit auf äußere Einflüsse (Kriege, Ernten, Naturkatastrophen, Seuchen, Erfindungen . . .) zurückgeführt werden. Doch seit der industriellen Revolution, der arbeitsteiligen Produktion mit Maschinen im großen Stil, werden diese Schwankungen durch die Art der Organisation der Produktion, also im System selbst produziert.

Zum Verständnis, wie es zu diesen Schwankungen kommt, und um letztendlich darzustellen, wie diese durch die Wirtschaftspolitik beeinflusst werden können, ist ein kurzer Ausflug in die Theorie notwendig. Um die Höhe des BIP feststellen zu können, um beurteilen zu können, ob in einem Jahr die Wirtschaftslage gut oder schlecht war, bedient man sich – ebenso wie ein Unternehmen eine Gewinn- und Verlustrechnung und eine Bilanz erstellt – in einer ganzen Volkswirtschaft eines gesamtwirtschaftlichen Rechnungswesens. Die Bundesanstalt Statistik

All diese Schwankungen ergeben als Summe das, was wir als Konjunktur verstehen, nämlich immer wiederkehrende Auf- und Abwärtsbewegungen, also regelmäßige Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivitäten.

Austria ermittelt in einer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) jährlich die für eine Volkswirtschaft zentralen Größen wie etwa das BIP oder – den für uns wichtigsten Begriff – das so genannte Nettonationaleinkommen (früher Volkseinkommen), das angibt, wie viel an inländischer Produktion tatsächlich zur Verteilung an die Haushalte zur Verfügung steht.

Wirtschaftskreislauf

Bei der Ermittlung dieser Größen macht sich die VGR die Kreislaufzusammenhänge einer Volkswirtschaft zu Nutze. Bezeichnenderweise war es ein Arzt (**Francois Quesnay**, 1694–1774, Leibarzt Ludwig XV.), der im 18. Jahrhundert die Idee entwickelte, die Zusammenhänge in einer Volkswirtschaft als Kreislauf darzustellen.

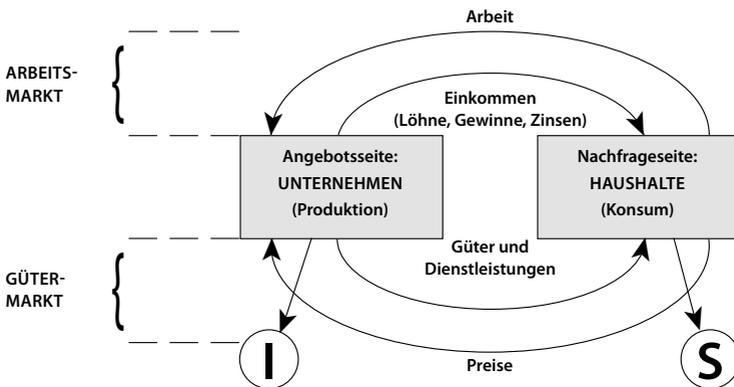
Um diese Zusammenhänge darstellen zu können, ist es sinnvoll, ein „Modell“ der Wirtschaft zu konstruieren, also eine grobe Vereinfachung der realen Vorgänge auf einige grundsätzliche Wesenszüge vorzunehmen.

- Wir fassen alle Individuen (Wirtschaftssubjekte) in zwei große Sektoren zusammen:
 - » den **Unternehmenssektor**, in dem Güter und Dienstleistungen produziert werden;
 - » den **Haushaltssektor**, der nicht selbst produziert, sondern konsumiert.
- Diese Sektoren treten auf **Märkten** in Verbindung, und zwar am
 - » **Arbeitsmarkt**, auf dem die Haushalte ihre Arbeitskraft verkaufen
 - » **Gütermarkt**, auf dem die Produkte der Unternehmen an die Haushalte verkauft werden.

Wie auch der menschliche Körper ist die Wirtschaft ein großer Organismus, in dem alles mit allem zusammenhängt. Verändert sich irgendwo eine Größe, so wirkt sich dies – wenn auch manchmal verzögert – in allen anderen Teilen des Organismus aus.

1 Konjunktur

- Auf diesen Märkten fließen **Ströme** zwischen den beiden Sektoren, und zwar auf jedem Markt jeweils ein Güterstrom und, da es sich um Tauschakte handelt, ein definitionsgemäß gleich großer Gegenstrom (in Geld).
- » Am Arbeitsmarkt fließt die Arbeit von den Haushalten in die Betriebe, dafür fließen die Einkommen (darunter werden hier nicht nur Löhne und Gehälter, sondern auch Gewinne, Zinsen etc. verstanden) von den Unternehmen in die Haushalte.
 - » Am Gütermarkt fließen die erzeugten Produkte in die Haushalte, der Gegenstrom besteht aus den dafür bezahlten Preisen. Das Ganze lässt sich grafisch folgendermaßen darstellen:



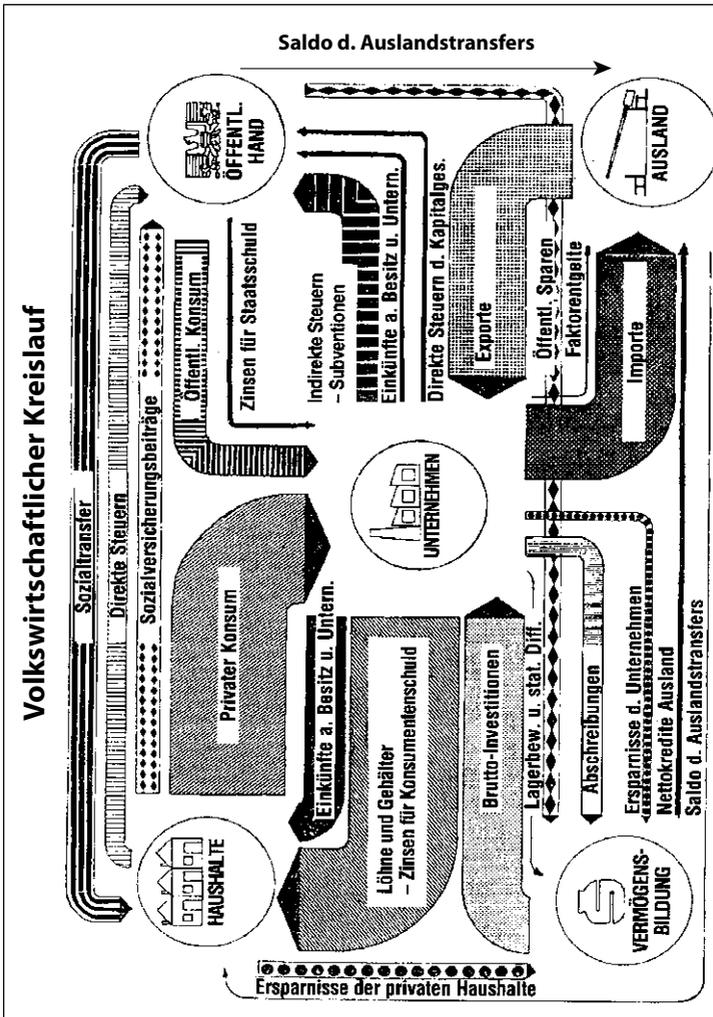
Diese modellhaft vereinfachte Darstellung ließe sich noch um die Sektoren „Staat“, „Vermögensbildung“ (also vor allem Banken und Versicherungen) und „Ausland“ erweitern, was aber für die Erklärung der grundsätzlichen Zusammenhänge nicht unbedingt notwendig ist. Wir sehen also einen geschlossenen Kreislauf, in dem jedem Strom ein gleich großer Gegenstrom entspricht.

Im Nachhinein betrachtet sind alle Größen mit ihren Gegengrößen identisch: Was in den Unternehmen als Kosten zu Buche schlägt, wird in den Haushalten zu Einkommen, was die Haushalte an Geld für Konsum ausgeben, wird in den Unternehmen zu Einnahmen.

Wirtschaftskreislauf

1.1

Einen wesentlichen Charakterzug des Kreislaufes kann man daraus bereits erkennen: Niedrige Löhne bedeuten zwar niedrige Kosten und somit einen Produktionsanreiz für die Unternehmen, doch bedeuten niedrige Löhne auch niedriges Einkommen der Haushalte und somit eine verringerte Konsumfähigkeit, was wiederum dämpfend auf die Produktion wirkt.



1 Konjunktur

Nun muss unser Kreislauf etwas erweitert werden, um ihn der Realität anzupassen:

- Nicht das gesamte Einkommen der **Haushalte** fließt in den Konsum, ein Teil davon wird **gespart** (nicht verbraucht).
- Nicht alles, was in **Unternehmen** produziert wird, fließt als Konsum in die Haushalte und wird verbraucht, ein Teil davon verbleibt in den Unternehmen, nämlich die **Investitionen**.

Die VGR kann durch diesen Kreislaufzusammenhang BIP bzw. Nettonational-einkommen (früher Volkseinkommen) auf drei verschiedene Arten ermitteln, die jedoch dasselbe Ergebnis bringen:

- » **Entstehungsseite:** Es wird das Gesamtprodukt, das in den Unternehmen erzeugt wurde, gemessen, welches aus zwei Teilen besteht: nämlich dem Teil, der in den Konsum (C) fließt, und dem Teil, der als Investitionen (I) in den Unternehmen verbleibt.
- » **Einkommenseite (Verteilungsseite):** Es wird die Aufteilung des Produktes auf die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit gemessen; nach der Logik des Kreislaufzusammenhanges müssen aus allen C- und I-Werten der Unternehmen entsprechende Einkommen (EK) der privaten Haushalte (Löhne, Gewinne, Zinsen ...) entstehen.
- » **Verwendungsseite:** Es wird gemessen, wie die Haushalte ihre Einkommen (EK) entweder für Konsum (C) oder Sparen (S) verwendeten.

Im Nachhinein betrachtet, also wenn am Jahresende Bilanz gezogen wird, müssen zwangsläufig alle drei Erhebungsmethoden dasselbe Resultat bringen, denn:

Entstehungsseite: BIP = C+I

Einkommenseite: BIP = EK

Verwendungsseite: EK = C+S

Daraus ist auch ersichtlich, dass am Jahresende nicht nur die Summe aus C und I genau dem Produktionsergebnis entsprechen muss, sondern auch die Ersparnisse genau den Investitionen, ob gewollt oder nicht, da diese dem jeweils nicht in den Konsum geflossenen Anteil des Gesamtprodukts bzw. damit des gesamten Einkommens entsprechen, was auch in der grafischen Darstellung des Kreislaufes (auf Seite 8) erkennbar ist.

2 Konjunkturschwankungen

Die bisherige Darstellung ergäbe bloß ein statisches Bild der Wirtschaft, da sie eine bilanzmäßige Betrachtung der Vorgänge im Nachhinein, am Jahresende ist. Links und rechts steht dieselbe Summe unter dem Strich, jeder Größe, jedem Strom steht ein gleich großer Gegenstrom gegenüber.

Aus der Realität wissen wir aber, dass die Wirtschaft wächst, und dass das Wachstum Schwankungen unterworfen ist. Dies hat folgende Ursachen:

→ Die **Wirtschaftsentwicklung** beruht auf einer **Summe von Einzelentscheidungen** einer **Vielzahl von konsumierenden** (Haushalte) und **produzierenden** (Unternehmen) **Wirtschaftseinheiten** (Subjekte), die laufend Kalkulationen über die Vorstellungen und Entscheidungen der anderen Wirtschaftssubjekte anstellen.

In der Praxis gibt es verzögerte Reaktionen, Strom und Gegenstrom setzen sich nicht sofort und gleichzeitig in Bewegung: Dadurch sind nicht alle Reaktionen der anderen Wirtschaftssubjekte vorhersehbar, es gibt Unsicherheit und folglich müssen Pläne über die Verwendung der Mittel gefasst werden, die auf unsicheren Erwartungen beruhen.

Im Gegensatz zur nachträglichen Betrachtung der VGR, die zwangsläufig auf jeweils identischen realisierten Größen aufbaut, können die Pläne der einzelnen Wirtschaftssubjekte sehr wohl voneinander abweichen.



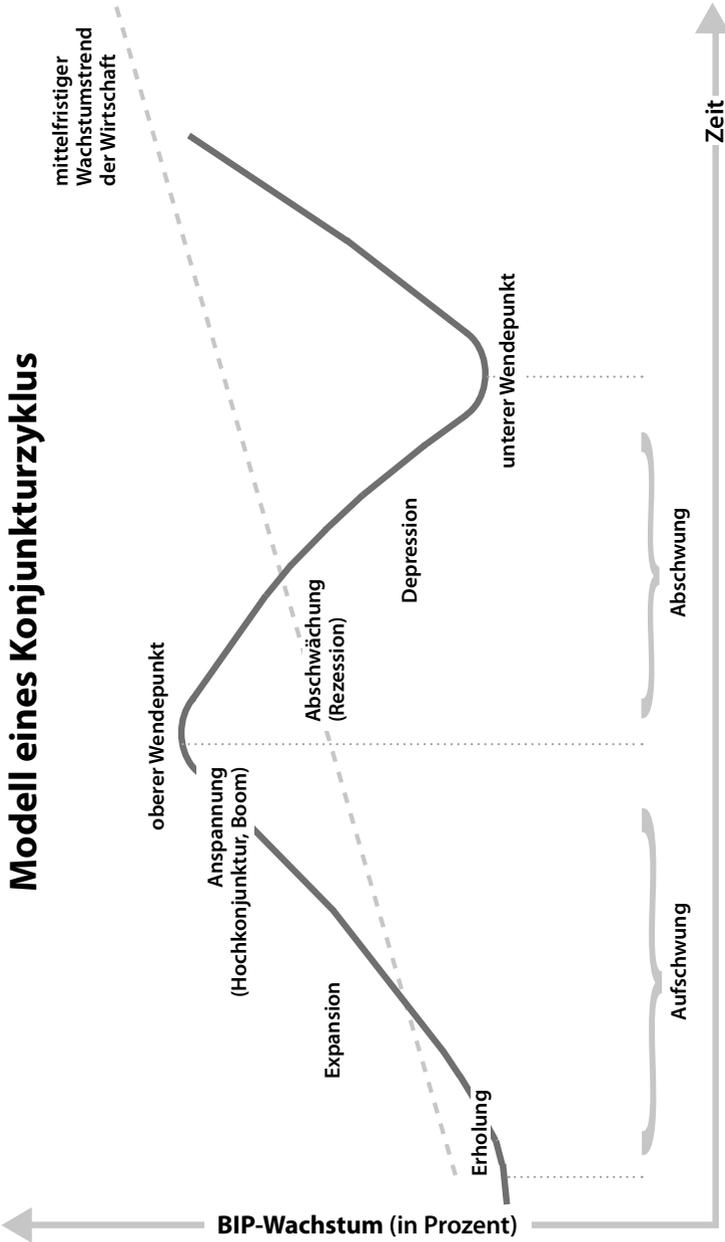
Dazu ein Beispiel:

Die Unternehmen kalkulieren, dass die Haushalte einen bestimmten Anteil ihres gegebenen Einkommens konsumieren werden, und richten darauf ihre Produktion ein. Wenn die Pläne der Haushalte einen geringeren Konsum vorsehen (was automatisch mehr sparen bedeutet), bleiben die Unternehmen auf ihrer Ware sitzen, die somit ins Lager wandert (und so – im Nachhinein – als „Lagerinvestition“ wieder zum Ausgleich mit den erhöhten Ersparnissen führt). Wer auf seiner Ware sitzen bleibt, produziert weniger, was wiederum weniger Einkommen der Haushalte bedeutet. So wird unser „Kreislauf“ plötzlich zu einer abwärtsdrehenden Spirale: Weniger Einkommen bedeutet weniger Konsum, damit weniger Produktion, Investitionen und Beschäftigung, und damit wieder weniger Einkommen. Dieser „Teufelskreis“ muss jedoch nicht zwangsläufig in eine tiefe Wirtschaftskrise und zum völligen Zusammenbruch führen.

Im Abschwung steigen Preise langsamer, Kredite sind wieder billiger zu haben, und auch Arbeitskräfte werden bei steigender Arbeitslosigkeit für die Unternehmen billiger. Manche alte Maschine muss ersetzt werden und auch der technische Fortschritt fordert Investitionen zur Modernisierung und Konkurrenzfähigkeit, und letztendlich werden die Lager leer. Irgendwann glauben die Unternehmen, ihre Kapazitäten lange genug reduziert zu haben und die – inzwischen billiger gewordenen – Investitionen scheinen wieder rentabel. Es wird wieder investiert, dadurch entsteht mehr Einkommen, damit mehr Konsum, Produktion, Beschäftigung und wieder Einkommen und Konsum. Nach dem Konjunkturtal, nach dem unteren Wendepunkt kommt der nächste Konjunkturaufschwung und unsere Spirale dreht sich aufwärts, alles wächst.

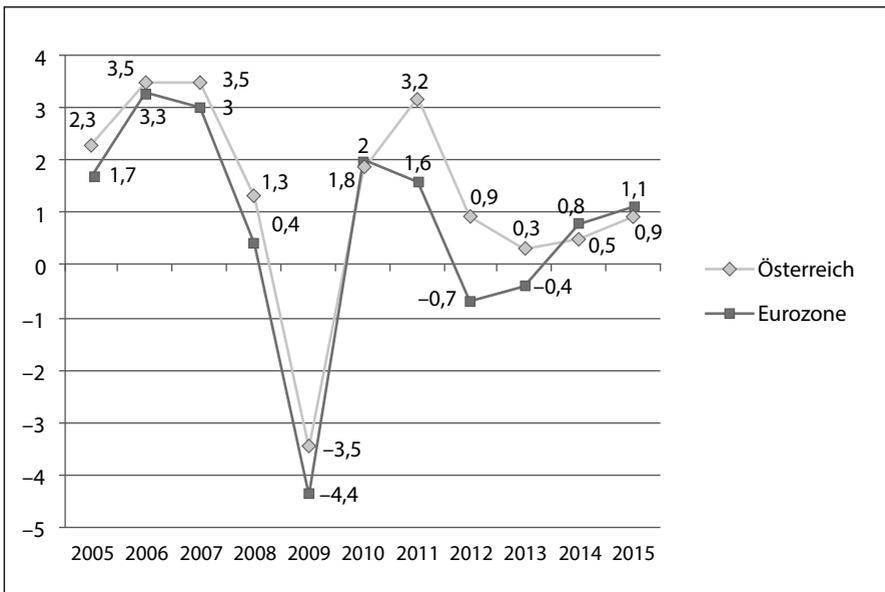
Doch auch jeder Aufschwung hat seine Grenzen: Je mehr produziert wird, desto knapper (und somit teurer) werden die Produktionsmittel, die Vorprodukte und qualifizierte Arbeitskräfte. Die Preise und die Zinsen, die für die Kredite für Investitionen zu zahlen sind, steigen. Die Inflation steigt, und damit wird der reale Einkommenszuwachs geringer. Die Lager sind wieder voll und die InvestorInnen schrauben ihre Pläne zurück. Wir sind am oberen Wendepunkt angelangt. Mit dem Einsetzen der Abwärtsbewegung sind wir wieder am Ausgangspunkt angelangt, der Kreis (= Zyklus) schließt sich.

2 Konjunkturschwankungen



Was hier beschrieben wurde, ist das klassische Modell eines Konjunkturzyklus aus der Theorie, aus dem Lehrbuch: In der Wirklichkeit verlaufen die Zyklen nicht so regelmäßig, und in jedem neuen Zyklus und in jedem Land dominieren jeweils einzelne Bestimmungsgründe – nie verläuft ein Konjunkturzyklus genau wie der andere. Für Österreich ergab sich in der Vergangenheit folgendes Konjunkturmuster:

Reales Wirtschaftswachstum Österreich – Eurozone 2005 bis 2015 (jährlich reale Zuwachsraten in Prozent)



Quelle: OECD (November 2014)

3 Konjunkturpolitik

→ **Ziel der Konjunkturpolitik** ist es, die Schwankungen der Wirtschaft so weit zu dämpfen, dass ein **möglichst störungsfreies Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität** usw. **ermöglicht wird**.

Allerdings war es nicht immer unumstritten, dass der Staat überhaupt in den Wirtschaftsablauf eingreifen soll.

Vor der Weltwirtschaftskrise Ende der Zwanziger- und Anfang der Dreißigerjahre des 20. Jahrhunderts wurde fast überall das Eingreifen des Staates als störend und schädlich abgelehnt. Man vertrat die Meinung, wenn jeder einzelne Mensch nach dem für ihn höchstmöglichen Nutzen strebe, müsse auch in Summe für die ganze Gesellschaft ein optimales Resultat erreicht werden. Diese Auffassung, der Staat solle den Wirtschaftsablauf ganz den Marktkräften, den Entscheidungen einzelner Individuen überlassen, nennt man **Liberalismus**.

Als in den Zwanzigerjahren des 20. Jahrhunderts die Arbeitslosigkeit rapid anstieg, war die Ursache nach der damals herrschenden Meinung des Liberalismus bloß, dass die Löhne zu hoch seien. Bei niedrigeren Löhnen fänden auch wieder alle Leute Beschäftigung. Doch wohin führte diese „liberale“ Politik? Das Elend nahm zu, Banken krachten und durch die Massenarbeitslosigkeit ergab sich für die Nationalsozialisten die große Chance. Sie boten den Menschen Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie an, und der Zweite Weltkrieg, für den ja aufgerüstet wurde, war somit indirekte Folge dieser liberalen Politik.

Ein englischer Ökonom namens **John Maynard Keynes** erkannte in den Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts die Wichtigkeit der Rolle des Staates in Krisenzeiten.

Keynes erkannte, dass in einem System der freien Marktwirtschaft die Summe aus den rationalen Entscheidungen der einzelnen Individuen keineswegs zu einem gesamtwirtschaftlich optimalen Ergebnis führt.



Dazu ein Beispiel:

Nach den erläuterten Kreislaufzusammenhängen wäre es im Wirtschaftsabschwung gesamtwirtschaftlich sinnvoll zu investieren, um damit Einkommen und Nachfrage zu schaffen. Der/Die einzelne UnternehmerIn schreckt jedoch in dieser Situation vor Investitionen zurück. Wenn er im Abschwung investiert, die anderen Unternehmen aber nicht (was niemand garantieren kann), steigt auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht und somit wird er/sie – durch seine/ihre Investition und damit höhere Kosten – noch weiter an Konkurrenzfähigkeit verlieren. Deshalb investiert er/sie nicht und wartet weiter ab, was für das einzelne Unternehmen zwar vernünftig ist, nicht aber für die Volkswirtschaft als Ganzes. Ebenso betrachten Unternehmen die zu bezahlenden Löhne und Gehälter – vom einzelwirtschaftlichen Standpunkt aus – als Kosten, die es zu minimieren gilt. Gesamtwirtschaftlich betrachtet sind Löhne und Gehälter dagegen Einkommen, die die notwendige Voraussetzung für kaufkräftige Nachfrage sind und im Gleichschritt mit der Gesamtwirtschaft wachsen müssen, um langfristig ein stabiles, ausgewogenes Wirtschaftswachstum zu sichern. Es ist also eines der zentralen Charakteristika einer Marktwirtschaft, dass die Entscheidungen der einzelnen Wirtschaftssubjekte nicht mit gesamtwirtschaftlichen Zielen übereinstimmen müssen.

Keynes forderte daher für Zeiten schwacher privater Nachfrage, dass der Staat Nachfrage schafft, indem er verstärkt konsumiert und investiert, wodurch Beschäftigung und Nachfrage angekurbelt werden („Keynesianismus“). Die dadurch entstehenden Budgetdefizite sollten jeweils im nächsten Aufschwung wieder gedeckt werden. Deshalb nennt man eine solche keynesianische Nachfragesteuerung auch „deficit spending“. Nach diesem Rezept wurde die Weltwirtschaftskrise in den USA in den Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts erfolgreich bekämpft und nach dem Zweiten Weltkrieg waren die keynesianischen Thesen die Grundlage der Wirtschaftspolitik vieler westlicher Industrieländer, darunter auch Österreich.

Die Grenzen des Keynesianismus zeigten sich ab Mitte der Siebzigerjahre des 20. Jahrhunderts. Im Gefolge des ersten Ölpreisschocks (1973) verflachte das Wirtschaftswachstum und die konjunkturellen Krisen dauerten länger als in den vorherigen Zyklen.

3 Konjunkturpolitik

Und über eine längere Zeit ist die Politik der Staatsverschuldung, des deficit spending, nur schwer durchzuhalten, da Finanzierungsengpässe auftreten.

Die Reaktion darauf, vor allem in damals konservativ regierten Staaten (USA, England . . .) war eine Rückkehr zum alten Rezept: zu hohe Löhne wurden als Ursache der steigenden Arbeitslosigkeit angesehen und der Staat wurde möglichst aus dem Wirtschaftsgeschehen hinausgedrängt.

Oberste Ziele waren Inflationsbekämpfung und Budgetkonsolidierung, meist durch Kürzen der Sozialausgaben. Von dieser „neoliberalen“ Politik (Neoliberalismus), deren einzelne Spielarten Namen wie „Monetarismus“ oder „Reagonomics“ erhielten, profitierten vor allem die UnternehmerInnen, da die Gewinnbesteuerung gesenkt wurde und sich die Lohnkosten verringerten.

Doch auch dieses Rezept hatte einen Haken: Man übersah bei dieser Stärkung der Angebotsseite die Kreislaufzusammenhänge der Volkswirtschaft:

→ **Ohne gleichzeitige Erhöhung der Massenkaukraft, der Einkommen, fehlt die Nachfrage.** Und ohne Nachfrage wird ein Unternehmen bei auch noch so niedrigen Produktionskosten nicht investieren und ohne Investitionen **bleibt** auch der **Konjunkturaufschwung aus** und die **Arbeitslosenrate bleibt hoch**.

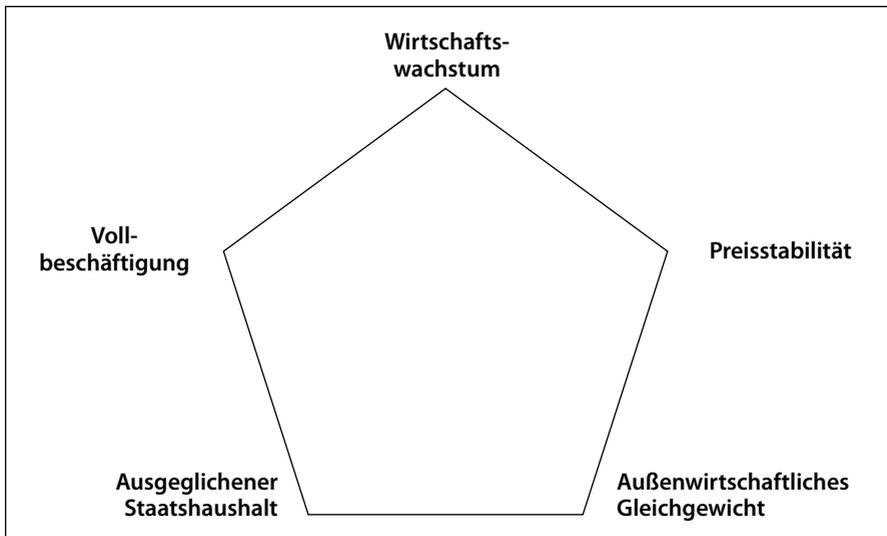
An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Wirtschaftspolitik einem „**magischen Vieleck (Polygon)**“ von Zielen gegenübersteht. Die Eckpunkte, also die Ziele der Wirtschaftspolitik, können unterschiedlich sein: Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, ausgeglichene Leistungsbilanz, gerechte Einkommensverteilung, Abbau der Staatsverschuldung usw.

Demzufolge gibt es in der Wirtschaftspolitik keine Allheilmittel. Welche wirtschaftspolitische Strategie zur Krisenbekämpfung eingeschlagen wird, welche der möglichen Ziele angestrebt und welche vernachlässigt werden, hängt von grundsätzlichen politischen Präferenzen und Entscheidungen ab.

„Magisch“ nennt man das Vieleck deshalb, weil nie alle Ziele gleichzeitig erreicht werden können: z. B. wird bei rascherem Wirtschaftswachstum auch die Inflationsrate steigen, oder bei einer Verringerung des Budgetdefizits durch Kürzung der Staatsausgaben steigt die Arbeitslosenrate und die Wirtschaft wächst langsamer.

Die neoliberale, angebotsorientierte Politik bürdet die Lasten der Krise den Unselbständigen auf, die keynesianische Politik mit öffentlicher Unterstützung wirkt sozial ausgewogener, wodurch aber dem Staat Kosten entstehen.

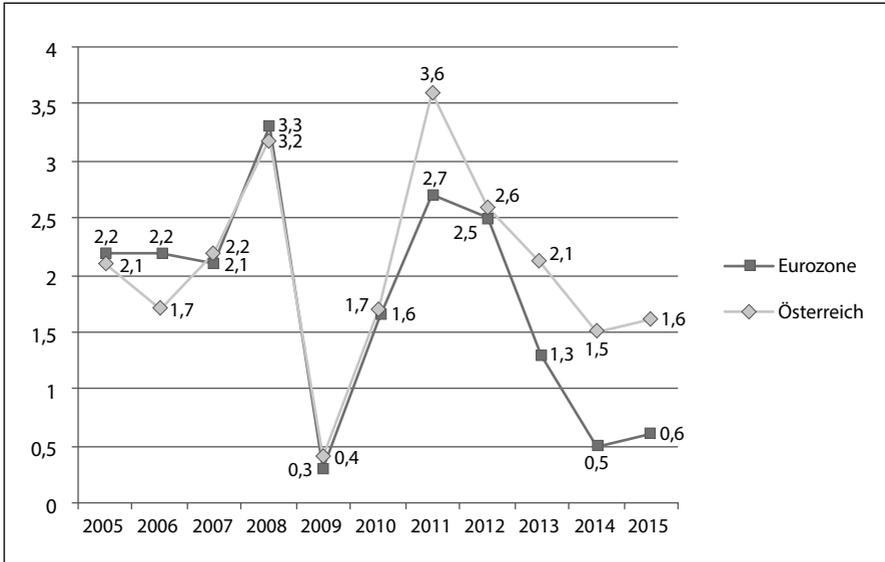
Das „magische Vieleck“ der Ziele der Wirtschaftspolitik



In der österreichischen Praxis bildete sich eine spezielle Spielart des Keynesianismus heraus, die deshalb auch oft als **„Austrokeynesianismus“** bezeichnet wird. Das bedeutet: Erstens versuchte der Staat nach keynesianischem Rezept in der Krise Nachfrage zu stimulieren (Beschäftigungsprogramme, Investitionsförderung). Daneben wirkte die sozialpartnerschaftliche Preis- und Einkommenspolitik und auch die Hartwährungspolitik stabilisierend und trug zu positiven Erwartungen der InvestorInnen bei.

3 Konjunkturpolitik

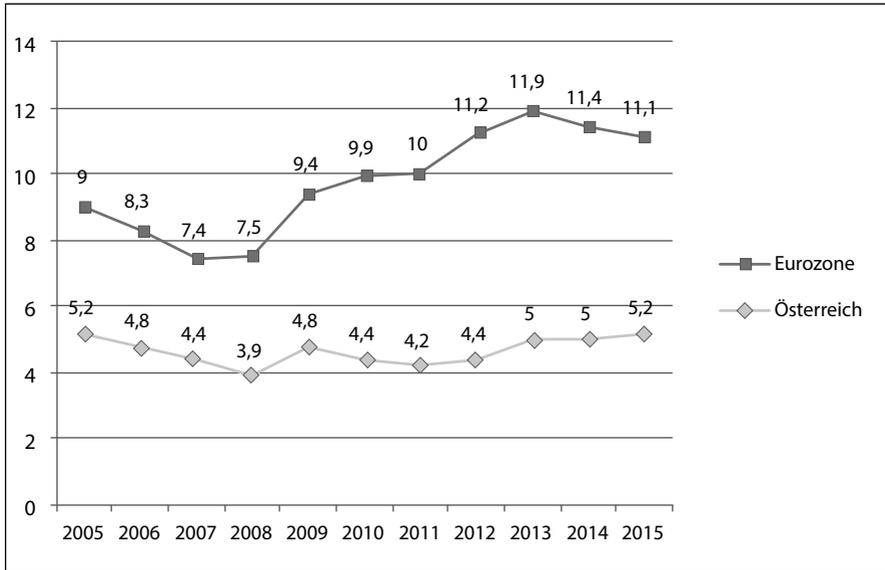
Verbraucherpreisanstieg in Prozent gegenüber dem Vorjahr (gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex)



Quelle: OECD (November 2014)

Dass Österreich dadurch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem bezüglich der Arbeitslosenrate, aber auch beim Wirtschaftswachstum, bei der Inflationsrate, der Leistungsbilanz und anderen wirtschaftlichen Kennzahlen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich gute Werte erreichte, ist folglich nicht dem Zufall zu verdanken, sondern dem Einfluss der zentralen Interessenvertretungen, somit auch der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

Quote der Arbeitslosigkeit in Prozent



Quelle: OECD (November 2014)

Berechnung nach international üblicher Definition:

Quote der Arbeitslosigkeit =
$$\frac{\text{Arbeitslose}}{\text{unselbständig} + \text{selbständig Beschäftigte}}$$

Nach der alten österreichischen
Berechnungsmethode der Arbeitslosigkeit =
$$\frac{\text{Arbeitslose}}{\text{unselbständig Beschäftigte}}$$

ergeben sich folgende Prozentsätze: 2012: 7,0%, 2013: 7,6%, 2014: 8,4%.

Quelle: WIFO (November 2014)

3 Konjunkturpolitik

In der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gelten gewisse Spielregeln (Stichworte „Maastricht-Vertrag“ sowie „Stabilitäts- und Wachstumspakt“), welche die Flexibilität der nationalen Budgetpolitik einengen. Grundsätzlich sind solche Regeln in einer Währungsunion zwar notwendig, damit deren Teilnehmerstaaten nicht allzu unterschiedliche Entwicklungen einschlagen können, denn die gemeinsame Geld- und Währungspolitik muss für alle Länder passen. Allerdings erscheinen die derzeitigen Regeln trotz einiger Reformbemühungen noch immer zu starr, um auf Konjunkturabschwünge entsprechend reagieren zu können.

Von Herbst 2008 bis Mitte 2009 durchlebte die Weltwirtschaft die massivste Krise seit der „**Großen Depression**“ der 1930er Jahre. Während diese damals vier Jahre andauerte, gelang diesmal relativ **rasch ein Wiederaufschwung**, da die Wirtschaftspolitik massiv eingriff, gigantische öffentliche Mittel zur Stützung der Nachfrage in die Wirtschaft pumpte und sogar Verstaatlichungen durchführte. Für einige Monate wurden sogar die verbissensten Liberalen zu Keynesianern und riefen nach einer Regulierung der ungebändigten freien Märkte, die offenbar doch nicht zum idealen Ergebnis geführt hatten.

Doch diese Erkenntnisse hielten nicht lange an: mittlerweile wird auf den Finanzmärkten wieder genauso gezockt wie vor der Krise, und die Bemühungen um die notwendigen Regulierungen und eine gezielte Überwachung werden von konservativer Seite torpediert.

Dazu kommt, dass die in der EU vorherrschende neoliberale Politik der Budgetdisziplin absoluten Vorrang vor Nachfrage und Beschäftigung einräumt. Die Staatshaushalte werden zum Sparen gezwungen, Investitionen fehlen, die Arbeitslosigkeit steigt, Einkommen sinken und damit auch der Konsum. Durch das Diktat der Sparpolitik werden also alle heimischen Nachfragekomponenten gedämpft, mit dem Resultat, dass Haushaltsdefizite und Schulden nicht sinken, sondern weiter steigen, weil die Steuereinnahmen zurückgehen. Anstatt – wie es Keynes empfohlen hätte – durch Investitionen aus der Krise hinauszuwachsen, hat die europäische Politik die Wirtschaft in die nächste Krise hineingespargt. Ohne einen radikalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel in Richtung der neuen Prioritäten Wachstum, Beschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit wird sich Europa wohl auf eine längere Periode sehr schwachen Wirtschaftswachstums und hoher Arbeitslosigkeit einstellen müssen.

Welche Instrumente kann der Staat dazu einsetzen:

→ **Öffentliche Ausgaben:**

Der Staat kann die Nachfrage direkt beeinflussen, indem er wie ein Privater konsumiert (Güter verbraucht) oder investiert (Sachwerte schafft). Als öffentlichen Konsum versteht man u. a. die Ausgaben für Material, die Gehälter für BeamtInnen, als öffentliche Investitionen beispielsweise Bauprojekte wie Straßen. Nach dem Rezept der keynesianischen Wirtschaftspolitik kann nun der Staat seine Ausgaben in konjunkturell schlechteren Zeiten verstärken, also versuchen, eine schwache private Nachfrage zu kompensieren, und in der Hochkonjunktur versuchen, die Finanzierung für die nächste Krise wieder zu sichern. Die Dämpfung der Nachfrage soll auch dazu beitragen, den Preisauftrieb in der Hochkonjunktur zu verlangsamen. Diese Art der staatlichen Ausgabenpolitik nennt man deshalb auch „antizyklische Budgetpolitik“.

Zu den Grenzen, die in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion der nationalen Gestaltbarkeit der öffentlichen Haushalte gesetzt sind (Maastricht-Vertrag, Stabilitäts- und Wachstumspakt): siehe Skriptum Wirtschaft 15 („Wirtschafts- und Währungsunion“).

Neben den Staatsausgaben für Konsum und Investitionen stehen dem Staat auch noch andere wirtschaftspolitische Instrumente zur Verfügung, um das Verhalten von KonsumentInnen und ProduzentInnen in konjunkturell erwünschte Bahnen zu stimulieren, welche hier aber nur kurz skizziert werden, da sie im Verlauf des Lehrganges in anderen Skripten ausführlicher behandelt werden:

Der Staat (das ist nicht nur der Bund, sondern auch Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger und andere öffentlich-rechtliche Einrichtungen) kann die Gesamtnachfrage beeinflussen, entweder direkt, indem er selbst wie ein Privater konsumiert und investiert, oder indirekt, indem er versucht, Anreize zu geben, um das Angebots- und Nachfrageverhalten der privaten Unternehmen und Haushalte in die gewünschte Richtung zu lenken.

3 Konjunkturpolitik

→ **Transfers:**

Unter Transfers versteht man Ausgaben des Staates, denen keine direkte Gegenleistung entspricht, also z. B. Beihilfen, Renten und Subventionen. Vor allem zur Förderung der Wirtschaft durch Subventionen steht der öffentlichen Hand eine breite Palette von Instrumenten zur Verfügung: Es existieren zum Beispiel Förderungsaktionen für Betriebsgründungen, Umweltschutzinvestitionen, riskante Exportvorhaben, zur Ansiedlung zukunftssträchtiger Technologien, zur Unterstützung entwicklungsschwacher Regionen usw.

→ **Steuerpolitik:**

Der Staat kann das Wirtschaftsgeschehen nicht nur durch die Gestaltung seiner Ausgaben beeinflussen, sondern auch durch die Gestaltung seiner Einnahmen, deren mit Abstand größter Teil aus Steuern besteht. Steuerliche Begünstigungen, Freibeträge, die Gestaltung von Steuertarifen, Gebühren und anderen Abgaben haben wesentlichen Einfluss auf die Entscheidungen der einzelnen Wirtschaftssubjekte.

→ **Geldpolitik:**

Über die Beeinflussung des Zinssatzes kann die Bereitschaft der Unternehmen für Investitionen gesteigert werden.

→ **Währungs- und Zahlungsbilanzpolitik:**

Mit diesen Instrumenten wird versucht, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu sichern.

In der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion werden die wesentlichen zins- und währungspolitischen Entscheidungen in der Europäischen Zentralbank gefällt, in welcher Österreich gleichberechtigt mit Sitz und Stimme vertreten ist.

→ **Preis- und Einkommenspolitik:**

zielen nicht nur auf die Hebung der Nachfrage, also die Steigerung der Massenkaufkraft, sondern vor allem auf die Erhaltung einer stabilen Entwicklung ab, die zur Bildung von Vertrauen und positiven Erwartungen notwendig ist.

Der Staat kann mit diesen Instrumenten das Wirtschaftsgeschehen nicht beliebig feinsteuern, sondern bestenfalls versuchen, überzogene Entwicklungen etwas zu dämpfen. Die größten Beschränkungen der Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik sind:

→ **Finanzierungsprobleme:**

Alle staatlichen Maßnahmen sind mit Kosten verbunden, die nicht in beliebigem Ausmaß auf der Einnahmenseite mit Steuern gedeckt werden können, sondern im Laufe der Zeit zu einem Anwachsen der Staatsschuld führen können, was den Handlungsspielraum für weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen einengt. In der EU wurden daher auch im Vertrag von Maastricht sowie im Stabilitäts- und im Fiskalpakt Maßnahmen festgelegt, die ein Ausufern der öffentlichen Verschuldung verhindern sollen.

→ **Auslandsabhängigkeit:**

Österreich ist es zwar durch seine eigenständige Wirtschaftspolitik und durch die Übernahme von Verantwortung durch die Sozialpartner besser als den meisten anderen Staaten gelungen, die negativen Folgen der jüngsten Wirtschaftskrise abzufedern. Dennoch kann sich ein kleines Land wie Österreich, das erheblich von Exporten und Importen abhängt, nicht vollständig von der internationalen Konjunktur abkoppeln. Seit Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise im Jahr 2008 wurde auch deutlich, wie groß die Abhängigkeit der Wirtschaftsentwicklung und der nationalen Wirtschaftspolitiken von spekulativen Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten ist. Wenn die USA und die BRD in einer tiefen Krise stecken, werden auch die offensivsten Maßnahmen der österreichischen Regierung, wird auch eine extreme Verschuldung und Ankurbelung der Nachfrage keinen isolierten Aufschwung in Österreich ermöglichen. Deshalb wird in Zukunft einer besseren EU-weiten Koordinierung der Wirtschaftspolitik eine besonders große Bedeutung zukommen.

→ **Zeitliche Verzögerungen:**

Die meisten wirtschaftspolitischen Maßnahmen können nicht von heute auf morgen realisiert werden. Sollen etwa zur Konjunkturbelebung öffentliche Gelder in die Bauwirtschaft, etwa zum Straßenbau, gepumpt werden, so ist

3 Konjunkturpolitik

eine lange Zeit zur Planung und Entscheidungsfindung nötig, Aufträge werden vergeben, Verhandlungen um die Ablöse von Grundstücken müssen geführt werden etc. Bis tatsächlich mit dem Bau begonnen wird, bis die öffentlichen Investitionen bei den Bauarbeitern zu Einkommen werden und in den Konsum fließen, können ein paar Jahre vergehen. Dann kann der ursprünglich geplante konjunkturbelebende Effekt wirtschaftspolitisch schon wieder unerwünscht sein; denn es könnte sein, dass bis dahin ohnedies aufgrund anderer Ursachen schon wieder Hochkonjunktur herrscht und die in der Flaute zur Konjunkturbelebungsgeplanten Maßnahmen zu einer Überhitzung in der Hochkonjunktur führen.

→ **Prognoseabhängigkeit:**

Der Staat muss sich bei seinen Entscheidungen – ebenso wie Unternehmen und Haushalte – nach gewissen Prognosewerten richten. Durch die rasch wachsende internationale Verflechtung der Wirtschaft steigt die Zahl der Faktoren, die die Konjunkturaussichten beeinflussen, laufend an. Besonders in Zeiten großer wirtschaftlicher Ungleichgewichte, etwa bezüglich der Leistungsbilanzen, bei hoher Arbeitslosigkeit, steigenden Inflationsraten und schwankenden Wechselkursen werden die Vorhersagen der Wirtschaftsforschung oft von der Realität widerlegt.

→ **Politische Durchsetzbarkeit:**

Gelegentlich sind auch an sich ökonomisch sinnvolle Maßnahmen politisch schwer durchzusetzen, da entweder einzelne Lobbys im Verteilungskampf zu mächtig sind oder die Betroffenen, manchmal durch die Medien manipuliert, nur unzureichende Vorstellungen von den tatsächlichen Effekten von Maßnahmen haben.

Wie die bereits beschriebene Problematik des magischen Vielecks der Ziele der Wirtschaftspolitik zeigt, können wirtschaftspolitische Entscheidungen nicht allein nach sachlichen Kriterien getroffen werden, sondern sind Resultat aus den Konflikten verschiedenster Interessen, zu deren Durchsetzung politische Macht notwendig ist.

SKRIPTEN ÜBERSICHT



SOZIALRECHT		
SR-1	Grundbegriffe des Sozialrechts	
SR-2	Sozialpolitik im internationalen Vergleich	
SR-3	Sozialversicherung – Beitragsrecht	
SR-4	Pensionsversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-5	Pensionsversicherung II: Leistungsrecht	
SR-6	Pensionsversicherung III: Pensionshöhe	
SR-7	Krankenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-8	Krankenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-9	Unfallversicherung	
SR-10	Arbeitslosenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-11	Arbeitslosenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-12	Insolvenz-Entgeltssicherung	
SR-13	Finanzierung des Sozialstaates	
SR-14	Pflege und Betreuung	
SR-15	Bedarfsorientierte Mindestsicherung	
Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.		

ARBEITSRECHT		
AR-1	Kollektive Rechtsgestaltung	
AR-2A	Betriebliche Interessenvertretung	
AR-2B	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates	
AR-2C	Rechtstellung des Betriebsrates	
AR-3	Arbeitsvertrag	
AR-4	Arbeitszeit	
AR-5	Urlaubsrecht	
AR-6	Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	
AR-7	Gleichbehandlung im Arbeitsrecht	
AR-8A	ArbeitnehmerInnenschutz I: Überbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-8B	ArbeitnehmerInnenschutz II: Innerbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-9	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
AR-10	Arbeitskräfteüberlassung	
AR-11	Betriebsvereinbarung	
AR-12	Lohn(Gehalts)exekution	
AR-13	Berufsausbildung	
AR-14	Wichtiges aus dem Angestelltenrecht	
AR-15	Betriebspensionsrecht I	
AR-16	Betriebspensionsrecht II	
AR-18	Abfertigung neu	
AR-19	Betriebsrat – Personalvertretung Rechte und Pflichten	
AR-21	Atypische Beschäftigung	
AR-22	Die Behindertenvertrauenspersonen	

GEWERKSCHAFTSKUNDE		
GK-1	Was sind Gewerkschaften? Struktur und Aufbau der österreichischen Gewerkschaftsbewegung	GK-4 Statuten und Geschäftsordnung des ÖGB
GK-2	Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945	GK-5 Vom 1. bis zum 18. Bundeskongress
GK-3	Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von 1945 bis heute	GK-7 Die Kammern für Arbeiter und Angestellte

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

4 Gewerkschaftliche Position

Wer für ein völlig konjunkturneutrales Verhalten des Staates plädiert, geht davon aus, dass Arbeitslosigkeit ein natürliches und notwendiges Phänomen ist. In Österreich nehmen die Gewerkschaften traditionell bei den Tarifverhandlungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation Rücksicht.

Für die Zukunft wird es aber immer wichtiger werden, dass sich die wirtschaftspolitischen Entscheidungen von Staat und Sozialpartnern nicht ausschließlich an den kurzfristigen gesamtwirtschaftlichen Zielen Beschäftigung und Wachstum orientieren.

Um die Voraussetzungen für ein auch langfristig stabiles und ausgewogenes Wirtschaftswachstum zu sichern, sind vermehrt Aspekte der Strukturpolitik zu berücksichtigen; das bedeutet mitzuhelfen, die durch den dauernden Entwicklungsprozess verursachten Änderungen im Wirtschaftsgefüge möglichst reibungslos zu gestalten.

Innerhalb des magischen Vielecks der Ziele der Wirtschaftspolitik haben dagegen für Gewerkschaften Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum höchste Priorität, das heißt, dass ein aktives, gestaltendes Eingreifen des Staates befürwortet wird, um die soziale Ausgewogenheit im Wachstumsprozess zu gewährleisten.

SKRIPTEN ÜBERSICHT



WIRTSCHAFT	
WI-1	Einführung in die Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftswissenschaften
WI-2	Konjunktur
WI-3	Wachstum
WI-4	Einführung in die Betriebswirtschaftslehre
WI-5	Beschäftigung und Arbeitsmarkt
WI-6	Lohnpolitik und Einkommensverteilung
WI-7	Der öffentliche Sektor (Teil 1) – in Vorbereitung
WI-8	Der öffentliche Sektor (Teil 2) – in Vorbereitung
WI-9	Investition
WI-10	Internationaler Handel und Handelspolitik
WI-12	Steuerpolitik
WI-13	Bilanzanalyse
WI-14	Der Jahresabschluss
WI-16	Standort-, Technologie- und Industriepolitik

Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE	
PZG-1A	Sozialdemokratie und andere politische Strömungen der ArbeiterInnenbewegung bis 1945
PZG-1B	Sozialdemokratie seit 1945 (in Vorbereitung)
PZG-2	Christliche Soziallehre
PZG-3	Die Unabhängigen im ÖGB
PZG-4	Liberalismus/Neoliberalismus
PZG-6	Rechtsextremismus
PZG-7	Faschismus
PZG-8	Staat und Verfassung
PZG-10	Politik, Ökonomie, Recht und Gewerkschaften

SOZIALE KOMPETENZ			
SK-1	Sprechen – frei sprechen	SK-5	Moderation
SK-2	Teamarbeit	SK-6	Kommunizieren und Werben mit System
SK-3	NLP	SK-8	Führen im Betriebsrat
SK-4	Konfliktmanagement		

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

5 Glossar

antizyklische Budgetpolitik: Die Ausgaben des Staates verhalten sich entgegengesetzt zu denen der Privaten. Gibt der private Sektor viel Geld aus (Hochkonjunktur), so reduziert der Staat seine Ausgaben; in einer Rezession verhält es sich umgekehrt.

Austrokeynesianismus: Spezielle österreichische Ausprägung des Keynesianismus, in welcher dieser durch eine Hartwährungspolitik und die sozialpartnerschaftliche Preis- und Einkommenspolitik ergänzt wurde.

Bruttoinlandsprodukt (BIP): Summe der Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr in einem Land erwirtschaftet werden. Entweder nominell (zu laufenden Preisen) oder real (in konstanten Preisen) gemessen.

deficit spending: Durch vorübergehend verstärkte Staatsausgaben (die zu höheren Budgetdefiziten führen) soll in einer schwach wachsenden Wirtschaft die Nachfrage angekurbelt werden.

Indikator (wörtlich: Anzeiger): Eine Messgröße, die Auskunft über eine bestimmte Entwicklung, einen Zustand geben soll.

Keynesianismus: Nach dem englischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883–1946) benannte Wirtschaftspolitik, die darauf aufbaut, dass die Marktkräfte allein nicht zu Vollbeschäftigung führen, weshalb der Staat zusätzlich zum privaten Sektor Nachfrage schaffen soll.

Konjunktur: Regelmäßige Auf- und Abwärtsbewegungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten, um einen längerfristigen Trend herum schwankend.

Liberalismus: Lehre von der menschlichen Freiheit als dem wichtigsten Wert. Im wirtschaftlichen Sinn: Vorrang für die freien Entscheidungen der Einzelnen, die möglichst wenig durch Staatseingriffe gestört werden sollen.

Lobby: Einflussreiche Personengruppe mit gemeinsamen Interessen.

magisches Vieleck (griechisch: Polygon): Umschreibt die Schwierigkeit in der Wirtschaftspolitik, mehrere Ziele gleichzeitig zu erreichen.

Modell: Vereinfachte Darstellung eines komplizierten Zusammenhanges, indem man sich auf die wesentlichen, charakteristischen Züge beschränkt.

Monetarismus: Wirtschaftspolitische Konzeption, die nicht auf die Möglichkeiten des Keynesianismus vertraut, sondern einzig mit einer konstanten Ausweitung der Geldmenge ein Klima des Vertrauens in eine langfristig stabile Entwicklung schaffen will: eine grundsätzlich liberale Konzeption.

neoliberale Politik: Die liberale Wirtschaftspolitik herrschte bis in die Zwanzigerjahre des 20. Jahrhunderts vor, wurde dann weitgehend vom Keynesianismus verdrängt. Nachdem auch die Grenzen des Keynesianismus zu Tage traten, wurden oft wieder die alten, liberalen Konzepte aktualisiert, daher „neo“-Liberalismus.

Nettonationaleinkommen: früher Volkseinkommen; die Größe in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Löhne, Gehälter, Gewinne, Dividenden, Zinsen, Mieten, Pachten . . .) umfasst, die in einer Periode den InländerInnen zugeflossen sind. Das Nettonationaleinkommen errechnet sich aus dem Bruttoinlandsprodukt, von welchem Abschreibungen und indirekte Steuern abgezogen, Subventionen hinzuaddiert werden und eine Bereinigung um die Einkommen aus dem Ausland bzw. an das Ausland durchgeführt wird.

Produktionsfaktoren: Güter, die zur Herstellung anderer Güter herangezogen werden. In der Volkswirtschaft werden zumeist die drei großen Gruppen Boden, Arbeit und Kapital unterschieden.

Reagonomics: Bezeichnung für die neoliberale, monetaristische wirtschaftspolitische Konzeption der USA unter Präsident Reagan, die allerdings in der Praxis eher keynesianisch wirkte, da das Budgetdefizit stark ausgeweitet wurde, vor allem als Folge der Rüstungsausgaben.

statisch: bewegungslos

Volkseinkommen: siehe Nettonationaleinkommen.

5 Glossar

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: Rechnungswesen, das die wirtschaftlichen Vorgänge in einem Land systematisch erfasst.

Wirtschaftssubjekt: Kleinste organisatorische (Entscheidungs-)Einheit in einem Wirtschaftsgefüge, z. B. Einzelpersonen, Haushalte, Kapitalgesellschaften, Gebietskörperschaften. In der Volkswirtschaft zumeist zu den Sektoren private Haushalte, Unternehmen und öffentliche Haushalte zusammengefasst.

Zyklus (griechisch: Kreis): In der Konjunktur wird dieser Ausdruck verwendet, da der Wirtschaftsablauf als ständige Wiederholung derselben Konjunkturphasen betrachtet wird.

VÖGB/AK-SKRIPTEN

Die Skripten sind eine Alternative und Ergänzung zum VÖGB/AK-Bildungsangebot und werden von ExpertInnen verfasst, didaktisch aufbereitet und laufend aktualisiert.

UNSERE SKRIPTEN UMFASSEN FOLGENDE THEMEN:

- › Arbeitsrecht
- › Sozialrecht
- › Gewerkschaftskunde
- › Praktische Gewerkschaftsarbeit
- › Internationale Gewerkschaftsbewegung
- › Wirtschaft
- › Wirtschaft – Recht – Mitbestimmung
- › Politik und Zeitgeschehen
- › Soziale Kompetenz
- › Humanisierung – Technologie – Umwelt
- › Öffentlichkeitsarbeit

SIE SIND GEEIGNET FÜR:

- › Seminare
- › ReferentInnen
- › Alle, die an gewerkschaftlichen Themen interessiert sind.

Nähere Infos und
kostenlose Bestellung:
www.voegb.at/skripten
E-Mail: skripten@voegb.at
Adresse:
Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien
Tel.: 01/534 44-39244

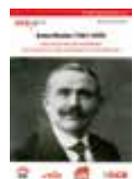


Die Skripten gibt es hier zum Download:



www.voegb.at/skripten

Leseempfehlung:
Reihe Zeitgeschichte und Politik



Notizen

Zum Autor

Mag. Thomas Delapina

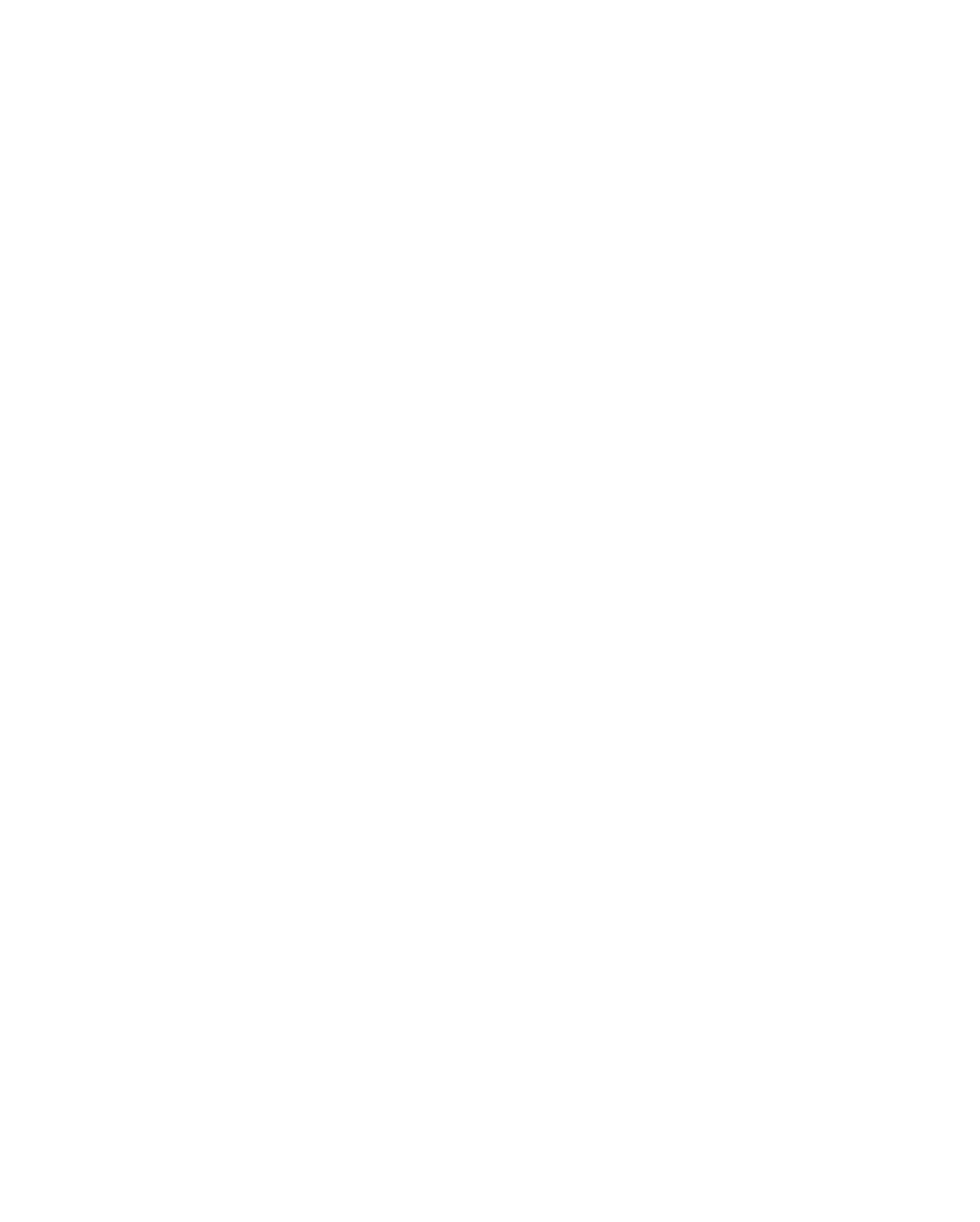


Mag. Thomas Delapina studierte Volkswirtschaft an der Universität Wien und arbeitet seit 1979 in der Abteilung Wirtschaftswissenschaften in der Arbeiterkammer Wien.

Konjunkturfragen bilden einen seiner Arbeitsschwerpunkte, seit 1983 ist er auch Mitglied der Konjunkturprognose-Arbeitsgruppe der OECD in Paris.

Von 1992 bis 2013 war er Geschäftsführer des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen (ein sozialpartnerschaftliches ExpertInnenengremium, welches Studien mit gemeinsamen Empfehlungen aller vier Sozialpartnerverbände erarbeitet). Seit 1995 vertritt er auch die Interessen der österreichischen ArbeitnehmerInnen im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in Brüssel.

Notizen



Notizen



